

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Genscher in Moskau

Moskau - Bundesausserminister Genscher ist mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko zu einem Gespräch zusammengetroffen. Wie verlautete, standen Fragen der Ost-West-Beziehungen und die bevorstehende Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen im Mittelpunkt der Unterredung.

### Erdbeben in Mittelchile

Santiago - Bei einem starken Erdbeben in Mittelchile sind 86 Menschen getötet und rund 2000 weitere verletzt worden. Tausende von Menschen verliessen in Panik die Häuser und verbrachten aus Furcht vor weiteren Erdstössen die Nacht im Freien.

### Zweite Rückzugsphase Israels

Tel Aviv - Die israelischen Truppen haben mit der zweiten Phase ihres Rückzugs aus Südbanonen begonnen. Nach Angaben von Verteidigungsminister Rabin soll diese Etappe des Abzugs spätestens in zwölf Wochen abgeschlossen sein.

### Angeblicher Flugzeugabschuss

Lissabon - Die angolische Luftverkehrsgesellschaft hat die Darstellung der Guerillaorganisation UNITA bestritten, wonach in der letzten Woche eine Maschine der Gesellschaft über Südwestangola abgeschossen worden sein soll. Es habe vielmehr eine technische Panne vorgelegen, hiess es. Die Maschine sei beim Start von der Piste abgekommen.

### BRD: 2,6 Mio. Arbeitslose

Nürnberg - Die Zahl der Arbeitslosen hat im Februar trotz eines geringfügigen Rückgangs um 8139 oder 0,3 Prozent gegenüber dem Vormonat mit 2 611 270 den höchsten Stand in einem Februar seit 1948 erreicht.

### Norwegerinnen-Mörder

Berlin - Wegen der Ermordung von drei Frauen muss sich vor dem Berliner Landgericht der 24jährige Fredi Rudnik verantworten. Dem geständigen Angeklagten wird vorgeworfen, im März 1982 zwei 18 und 19 Jahre alte norwegische Schülerinnen und im März 1984 eine 23jährige Berlinerin ermordet zu haben.

### Scharfe Konfrontation Haider gegen Kreisky

Wien (AP) Zwischen dem österreichischen Altbundeskanzler und Ehrenvorsitzenden der Sozialistischen Partei (SPÖ), Bruno Kreisky, und dem Kärntener Landesvorsitzenden des Koalitionspartners Freiheitliche Partei (FPÖ), Jörg Haider, es zu einer scharfen Konfrontation gekommen. Haider drohte am Montag in Wien Kreisky mit einer Klage, nachdem er der Altkanzler als «miesesten Opportunisten der österreichischen Politik» bezeichnet hatte.

Haider, der sich als Vertreter des «nationalen Flügels» in der FPÖ versteht und ein stärker hervorgehoben sehen möchte, sagte nach der Rückkehr des SS-Sturmführers Walter Reder die persönliche Begrüssung des in Italien verurteilten Mordverbrechers durch den der FPÖ angehörenden Verteidigungsminister Friedrich Frischenschlager ausdrücklich gutgeheissen. In der Diskussion darüber hat Kreisky seine Meinung geäussert. Haider forderte jetzt, Kreisky solle sich diese «brutalen und ehrenrührigen Aussagen» entschuldigen, die «jede menschliche Selbstkontrolle vermissen lassen». Anderfalls werde er Klage gegen den Altkanzler einreichen.

## Absinken des Grundwasserspiegels aufhalten

Mit einer Zuleitung aus dem Rhein sollen die Bäche und Gräben in Balzers wieder Wasser führen

(G.M.) - Die starke Kiesentnahme aus dem Rhein hat zu einer Absenkung des Wasserspiegels des Rheins geführt, was zur Folge hatte, dass auch der Grundwasserspiegel eine stetige Senkung erfahren hat. Seit dem Bau des Pumpwerkes in Balzers 1963 liegt der Grundwasserspiegel um rund zwei Meter tiefer. Durch die geringe Wasserführung in den Wintermonaten sah sich die Gemeinde Balzers veranlasst, Notmassnahmen vorzusehen.

Die Gemeinde Balzers gelangte an die Regierung mit dem Ersuchen, zur Sicherung des Grundwassers Massnahmen zu ergreifen. Konkret stellte sich die Gemeindeverwaltung Balzers als kurzfristige Massnahmen die Anhebung der Rheinsohle durch den Einbau von weiteren Sohlschwelen sowie eine Wasserzuführung zu den bedrohten Bachsystemen im Bereich des Naturschutzgebietes Aeule-Häg vor. Wie am Februar-Pressgespräch zu erfahren war, hat die Regierung ein Projekt ausarbeiten lassen, das die Bewässerung der grösstenteils ausgetrockneten Bäche und Flüsse vorsieht. Wie der Leiter des Amtes für Gewässerschutz, Theo Kindle, erklärte, ist geplant, oberhalb der bestehenden Rheinschwelle Wasser aus dem Rhein abzuleiten und mit Hilfe einer rund einen Kilometer langen Leitung in das Gebiet Aeule-Häg zu führen.

### Schon lange geplant

Massnahmen zur Sicherung des Grundwassers sind schon seit längerer Zeit geplant. Bereits Ende der sechziger Jahre, als der Grundwasserspiegel in Balzers, dem Gebiet mit dem wohl reichsten Grundwasservorkommen in unserem Land, bestanden Vorstellungen darüber, wie eine weitere Senkung verhindert oder ein Anstieg bewerkstelligt werden könnte. Der Einbau der Rheinschwelle oberhalb unserer Landesgrenze hat nach Auskunft von Theo Kindle zu einem messbaren Erfolg geführt, so dass die Idee des Einbaues weiterer Schwellen aufkam.

## Dollar wieder fester

(AP) Der Dollar hat zum Wochenbeginn an den internationalen Devisenbörsen wieder fester notiert. In Zürich notierte er im Schlussgeschäft vom Montag bei 2,8880 (Freitag: 2,8775) Franken. In Frankfurt wurde ein amtlicher Mittelkurs von 3,3730 (3,3635) D-Mark ermittelt.

Nach Angaben von Devisenhändlern wurden keine Interventionen der Notenbanken beobachtet. Da auch keine neuen Faktoren aufgetreten seien und keine niedrigeren Zinssätze in den USA zu erwarten seien, habe die amerikanische Währung wieder «sehr fest» notiert. Der Markt sei in Zürich am Vormittag hektisch gewesen, habe sich am Nachmittag aber wieder beruhigt.

## Stärkung der Volksvertretung im Landtag

Wie und wann werden wir über die Erhöhung der Zahl der Landtagsmandate abstimmen?

Die nicht programmierte Volksabstimmung, in der das Jagdgesetz mit überwältigender Mehrheit 3010 Ja/5026 Nein am 1./3. Februar bachab geschickt wurde, ist uns noch in guter Erinnerung. Der nächste Urnengang steht uns bereits bevor. Es geht um die Frage der Erhöhung der Zahl der Landtagsmandate im Sinne einer Stärkung der Volksvertretung. Bis jetzt scheint allerdings noch nicht ganz klar zu sein, wie und wann wir darüber befinden können.

Die Ausgangslage ist bekannt: die FDP versuchte in Gesprächen mit der VU einen gemeinsamen Weg zur Vergrößerung des Landtages zu suchen. Obwohl man sich in beiden Parteien einig über die Notwendigkeit einer Verstärkung der Volksvertretung ist, scheiterten die Gespräche an einem überraschenden Nein

Seit 1979 liegt nun das Projekt der Rheinkraftwerke vor, das für den Bereich des Grundwassers davon ausgeht, dass der Grundwasserspiegel erheblich angehoben werden könnte. Da bei länger anhaltender niedriger Wasserführung des Rheins beim Pumpwerk in Balzers prekäre Verhältnisse auftreten können, drängen sich Massnahmen auf, die vor der eventuellen Verwirklichung der Rheinkraftwerke realisiert werden könnten. Bis zur Realisierung der Rheinkraftwerke werden wohl etliche Jahre verstreichen, so dass vorher Sicherungen eingebaut werden müssen.

### Zuleitung von Rheinwasser

Die Regierung hat, wie am Pressgespräch betont wurde, die Priorität vorläufig

auf die Wasserzuleitung aus dem Rhein gelegt. Damit könnte in relativ kurzer Zeit eine Bewässerung der Bäche und Gräben im Balzner Gemeindegebiet - und auch weiter nördlich - erreicht werden, die ohne Zweifel auch Auswirkungen auf das Grundwasser in diesem Gebiet hätte. Zwischen der Gemeinde Balzers und der Regierung bestehen derzeit Kontakte, um die Fragen der Finanzierung und der Bauherrschaft abzuklären. Das vorliegende Projekt würde nach Auskunft von Theo Kindle knapp 5 Millionen Franken kosten. Im Budget 1985 sind für erste Arbeiten bereits 500 000 Franken vorgesehen. Möglicherweise kann bereits in diesem Jahr mit dem Bau der Zuleitung und der Wasserfassung begonnen werden.

## Rückkehr zur Arbeit im Triumphzug

Scargill: Erhobenen Hauptes auf Zechen zurückkehren

London (AP) Obwohl die britischen Bergarbeiter mit ihrem fast einjährigen Streik keine Zugeständnisse seitens der staatlichen Kohlebehörde (NCB) erzwingen konnten, planen sie heute Dienstag die Rückkehr an ihre Arbeitsplätze zu einem Triumphzug werden zu lassen. In den Kohlerevieren Yorkshire und Südwaless wollen die Bergarbeiter in einem Massenaufmarsch mit Transparenten und einer Kapelle auf die Zechen zurückkehren. Der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft (NUM), Arthur Scargill, wiederholte seine Einlassungen vom Vortag, wonach der Streik trotz des bedingungslosen Abbruchs ein Erfolg für die Gewerkschaft gewesen sei.

Die Gewerkschaft hatte am Sonntag auf einer Sonderkonferenz mit knapper Mehrheit beschlossen, den Ausstand zu beenden und die noch etwa 87 000 Streikenden aufgefordert, am Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Für die Regierung von Premierministerin Margaret Thatcher bedeutete diese Entscheidung einen wichtigen Sieg auf dem Weg zu ihrem erklärten Ziel, die Macht der Gewerkschaften zu brechen.

Dessen ungeachtet rief Scargill am Montag die Bergarbeiter auf, erhobenen Hauptes auf die Zechen zurückzukehren. In einem Fernsehinterview kündigte er ferner die Fortsetzung des Kampfes gegen die geplante Stilllegung von 20 Zechen an. Die Bergarbeiter würden jetzt einen «Guerrillakrieg gegen die Kohlebehörde» führen, sagte der NUM-Vorsitzende.

Der Kohlebehörde zufolge arbeiteten am Montag mehr als 52 Prozent der 186 000 NUM-Mitglieder. Die Zahl derjenigen, die am Montag an die Arbeitsstätten zurückkehrten, bezifferte die Behörde mit 600. Vor einigen Zechen ver-

suchten Streikposten Arbeiter zu überreden, mit der Wiederaufnahme der Arbeit bis Dienstag zu warten.

Unterdessen verlautete aus den Kohlerevieren Schottland und der Grafschaft Kent, dass die Bergarbeiter dort ungeachtet der Entscheidung der NUM weiterstreiken wollen. Der Ausstand soll erst beendet werden, wenn sich die Kohlebehörde bereiterklärt, zumindest einen Teil der im Zuge des einjährigen Streiks entlassenen Bergleute wieder einzustellen. Dies ist von der Kohlebehörde bislang abgelehnt worden.



Gewerkschaftsführer Arthur Scargill: «Die Bergarbeiter werden jetzt einen Guerrillakrieg gegen die Kohlebehörde führen».

## KOMMENTAR

### Motor abstellen, kein Gas!

Während der kalten Tage, als jeder Automobilist sich zuerst um die eigene Wärme und weniger um die Luftverschmutzung sorgte, hatte die Regierung aus naheliegenden Gründen auf einen Appell zum Abstellen der Motoren bei Bahnübergängen oder vor Ampelanlagen verzichten müssen. Doch nun, da keine frierenden Automobilisten mehr auf die wohlige Wärme aus der Heizung angewiesen sind, hat sie sich entschlossen, mit der umweltschonenden Aktion ernst zu machen. Die in den Landesfarben gehaltenen Kleber «Motor abstellen» sind ab sofort bei den Gemeindekanzleien und bei den Postämtern kostenlos erhältlich. Wenn einmal jeder einheimische Automobilist auf seiner Heckscheibe dieses auffallende Zeichen trägt, um den Hintermann auf seine Pflicht zur Schonung der Umwelt aufmerksam zu machen, kann der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo sich jeder daran hält oder zumindest bei Nichtbefolgen ein leichtes schlechtes Gewissen davonträgt.

Doch bis dahin scheint noch ein weiterer Schritt zu sein. Das Abschalten des Motors gehört im Moment noch zu den Seltenheiten, wenigstens bei den Ampelanlagen. Natürlich ist die Sache gewöhnungsbedürftig, kommt nicht jedem Autofahrer immer in den Sinn, so dass noch einige Zeit etwas Nachsicht geübt werden sollte. Schwerer wiegt mit Sicherheit, dass jeder Autofahrer meint, wenn er nicht sofort beim Erscheinen der grünen Lampe - oder sogar schon bei Gelb - losbrause, dann ginge wertvolle Zeit verloren.

Oder er setzt sich dem unangenehmen Gefühl aus, zuerst den Motor starten zu müssen, während andere schon längst ungeduldig auf das Gaspedal drücken, mit Licht-, Hup- oder Handzeichen zu verstehen geben, dass sie wegzubrausen wünschen.

Es ist also nicht in erster Linie ein Problem der Umwelt, es scheint ein Problem der Zeit zu sein. Hoffen wir, dass mit der Zeit jeder so viel Zeit hat, seinen Motor abzustellen - und Zeit haben darf, um seinen Motor ganz sachte, ohne viel Gas (wie auf dem Kleber vorgeschlagen) zu starten. (G.M.)

### Österreich: Hainburg-Gegner starten Unterschriftensammlung

Wien (AP) In Österreich hat am Montag die achtstägige Eintragsfrist für das «Konrad-Lorenz-Volksbegehren» gegen das umstrittene Donaukraftwerk Hainburg begonnen. Ziel des Volksbegehrens ist ein Bundesverfassungsgesetz, dass das Grundrecht auf Umweltqualität gesetzlich verankern soll. Für die Behandlung des Volksbegehrens im Parlament sind 100 000 Unterschriften erforderlich.

Das Volksbegehren spricht sich für Nationalparks, für ein Verbot von Grosskraftwerken wie Hainburg oder das stillgelegte Atomkraftwerk Zwentendorf, für die Rettung des Trinkwassers und für eine Umwelt- und Energiepolitik aus, bei der die Verhinderung des Waldsterbens und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch umweltsichernde Massnahmen Vorrang haben sollten. Die Eintragsfrist endet am Dienstag der kommenden Woche.

Die österreichische Bundesregierung hatte den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg bei Wien Ende des Vorjahres nach Krawallen und einer Besetzung des Baugeländes bis zur Entscheidung über das Volksbegehren ausgesetzt. Die Bundesregierung hatte sich wie der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), die Energiewirtschaft sowie grösste Teile der Industrie für den Bau des Flusskraftwerks ausgesprochen. Das Volksbegehren wird von allen grünen Gruppierungen, den Natur- und Umweltschützern sowie zahlreichen Prominenten unterstützt. (Vgl. Seite «Zeitgeschehen»)